

## **Ortsdurchfahrt Frauenzimmern: Gemeinderat zieht mit bei der Belags-Erneuerung**

Die baden-württembergische Landesregierung hat die Güglinger Stadtverwaltung samt Gemeinderat und nicht zuletzt auch die Straßenbauverwaltung samt Straßenmeisterei im Landkreis Heilbronn überrascht.



Am 28. Januar hat das Regierungspräsidium Stuttgart sehr kurzfristig mitgeteilt, dass das Land beabsichtigt, im Jahr 2014 die Fahrbahndecke der Landesstraße in der Ortsdurchfahrt Frauenzimmern zu erneuern. Die Verwaltung wurde darum gebeten, bis zum 10. Februar mitzuteilen, ob im Zuge dieser Erhaltungsmaßnahmen des Landes auch Arbeiten an den Ver- und Entsorgungsleitungen der Stadt samt Randsteine und Gehwege geplant sind.

„Wir hatten nicht den Hauch einer Ahnung“, teilte Bürgermeister Dieterich in der Gemeinderatsrunde am 11. Februar mit. Danach zeigte er städtischen Handlungsbedarf bei den angesprochenen Tiefbaumaßnahmen auf. „Wenn das Land den Fahrbahnbelag erneuert, sollten wir unsere Hausaufgaben machen“, ermutigte er die Ratsrunde.

Dass das Angebot des Landes einerseits Freude aufkommen ließ, war bei den Wortmeldungen der Bürgervertreter unschwer zu erkennen. Andererseits begann auch gleich die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten im laufenden Haushalt.

Angesichts der eingangs genannten Zeitspanne konnte sich die Verwaltung noch nicht mit exakten Kostenberechnungen beschäftigen. Erste Kostenschätzungen für die Erneuerung der Wasserversorgung belaufen sich auf etwa 100.000 Euro, punktuelle Reparaturen bei der Kanalisation auf runde 20.000 Euro und für den begleitenden Straßenbau (Trennung von Fahrbahn und Gehweg, einheitlicher Ausbaustand) geht die Schätzung auf 200.000 Euro zu.

Für die Finanzierung dieser zusätzlichen Aufgabe könnte sich die Rathausverwaltung zunächst zwei Möglichkeiten vorstellen: entweder geplante und im Haushaltsplan schon verankerte Maßnahmen um ein Jahr schieben oder über den Nachtragshaushalt 2014 abzudecken.

Von Stadtpflegerin Inge Wolfinger wurde ergänzend angeregt, nach Vorlage des 2013er Rechnungsabschlusses einen Finanzierungsvorschlag zu erarbeiten. Möglicherweise können „gute Zahlen“ aus dem Vorjahr den Bürgervertretern bei der Entscheidungsfindung helfen.

Am Ende fand sich für den dreigliedrigen Verwaltungsantrag bei einer Stimmenthaltung eine klare Mehrheit. Dem Land soll signalisiert werden, dass die Stadt die genannten Sanierungsarbeiten durchführen will. Die Gespräche sollen aber nicht nur über die Erneuerung des Fahrbahnbelages, sondern auch über die Straßengestaltung geführt werden.

Notwendige Arbeitsausschreibungen wurden an das Ingenieurbüro Ippich (Brackenheim) mit dem Auftrag vergeben, sich mit der Straßenbauverwaltung abzustimmen. Der schon erwähnte Finanzierungsvorschlag wird von der Verwaltung erarbeitet.